
FORUM: Teilen verbindet*

Theo Waigel: Solidarisches Teilen hat viele Facetten

Dr. Theo Waigel, geb. 1939 in Oberrohr, ist Vorsitzender der CSU und Bundesminister der Finanzen.

Solidarität heißt das oberste politische Gebot heute und auf absehbare Zeit mit Blick auf die neuen Länder.

Die Landsleute, die über ein halbes Jahrhundert in Diktaturen verschiedener Färbung und mit dennoch - wie uns Friedrich August von Hayek lehrt - gleichen geistigen Wurzeln gelebt haben, können die Regeln und das soziale Umfeld einer freien Wirtschaft nicht von einem Tag auf den anderen verwirklichen. Der Weg zu einer Marktwirtschaft führt über viele Trümmerfelder, auch eines für die Kategorien der Freiheit zerstörten Denkens. Ungeduld, Klagen und Proteste sind verständlich. Andererseits ist „Wohlstand für alle“ - so die programmatische Formel Ludwig Erhards—nicht von heute auf morgen zu schaffen.

Die Überwindung des Sozialismus und seiner noch überall sichtbaren negativen Folgen bedarf großer Anstrengungen aller gesellschaftlicher Kräfte, um

die Grundlagen für einen rasch steigenden Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen so rasch wie möglich zu schaffen.

Häufig wird bei der Verfolgung dieses Zieles eine Kultur des Miteinander-Teilens gefordert. Nicht immer ist klar erkennbar, was damit im Konkreten gemeint sein kann. Gelegentlich schimmert eine statische Interpretation des Teilens durch, zum Beispiel dergestalt, daß ein Teil des wirtschaftlichen Reichtums den alten Bundesländern und ihrer Bevölkerung genommen und den Landsleuten im Osten gegeben werden solle. Die bloße Aufteilung vorhandener Güter kann uns dem angestrebten Ziel nicht näherbringen. Der notwendige wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern beschränkt sich nicht auf die mechanische Funktion der materiellen Existenzsicherung mit allmählicher Wohlstandssteigerung. Eine dynamische wirtschaftliche Aufwärtsbewegung bedeutet immer auch vermehrte und verbesserte Lebenschancen für alle und geht damit weit über rein ökonomische Belange hinaus.

In dieser Sichtweise müssen wir uns auf einen dynamischen Begriff des Teilens konzentrieren. Darunter ist vor allem die Schaffung effektiver Grundlagen für den angestrebten wirtschaftlichen Erfolg zu verstehen. Dazu wiederum gehört die Anerkennung marktwirtschaftlicher und wettbewerblicher Grundsätze. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern ist immer noch durch eine unzureichende Produktion gekennzeichnet. Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems hat in vielen Bereichen zum Abriß jahrzehntelanger Handelsbeziehungen geführt. Der gleichfalls stattgefundene Zusammenbruch des RGW bedeutete für viele Betriebseinheiten einen Verlust von traditioneller Absatz- und Beschaffungsmärkten - praktisch über Nacht. Dies alles kann nur allmählich zurückgewonnen und auf eine stabilere Grundlage aufgebaut werden. Wir sind es gerade deswegen unseren Landsleuten schuldig, mit ihnen eine Markt- und Wettbewerbsordnung zu teilen, in der sich genügend risikobereite Unternehmer zur Investition bereit finden und in der verantwortungsbewußte Arbeitnehmervertreter den Gesamtzusammenhang von Lohnhöhe, Wachstum und Beschäftigung berücksichtigen.

Ganz ohne Zweifel hat auch der Staat auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften seinen Anteil in diesen allgemeinen Prozeß miteinzubringen. Ihm kommt vor allem die Aufgabe zu, eine leistungsfähige Verwaltung und Infrastruktur in den östlichen Regionen aufzubauen. Gleichfalls hat er für die soziale Absicherung während des unvermeidlichen und fundamentalen Umstrukturierungsprozesses zu sorgen. Dabei muß uns jedoch stets im Gedächtnis bleiben, daß die nun offen zutage getretenen sozialen Herausforderungen das Ergebnis jahrzehntelanger sozialistischer Mißwirtschaft sind und keineswegs mit der Einführung der Marktwirtschaft erklärt werden können.

Auch in der Sozialpolitik brauchen wir einen dynamischen Begriff des Teilens. Nicht alles, was sozialpolitisch wünschbar ist, ist auch finanzierbar. Die

Deutschen in allen Regionen unseres Landes müssen sich daher auf neue Prioritäten der dringendsten sozialen Bedürfnisse verständigen. So sehen wir die Gestaltungsspielräume in der Sozialpolitik nicht mehr im Ausbau, sondern im Umbau des Sozialstaates. Natürlich gibt es immer wieder neue Nöte und Bedürfnisse, die auch sozialpolitisch gelöst werden müssen. Aber es kann in einer endlichen Welt nicht immer nur ein Mehr an Abgaben und Umverteilung geben, wollen wir nicht die Leistungsbereitschaft von Wirtschaft und Beschäftigten nachhaltig beeinträchtigen. Der alte Grundsatz von Mackenroth, wonach nur verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet wurde, muß wieder in den Vordergrund rücken.

Den Wirtschaftsstandort neue Bundesländer attraktiv zu machen, den Menschen neue Lebenschancen zu vermitteln und die Orientierung in der Sozialen Marktwirtschaft nach Kräften zu erleichtern, dies sind die zentralen Ziele der Union und der Bundesregierung bei ihrer Politik für die neuen Bundesländer. Das finanzielle Engagement hierfür ist ohne Beispiel: Seit Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 bis Ende 1992 bringt die Bundesregierung finanzielle Mittel von über 202 Milliarden DM für den Aufbau in den neuen Bundesländern auf. Allein aus dem Bundeshaushalt 1992 geht nahezu jede vierte DM unmittelbar oder mittelbar in die neuen Bundesländer.

Die außergewöhnliche Dimension dieser Anstrengungen verdeutlicht ein Vergleich mit der Marshall-Plan-Hilfe der Vereinigten Staaten für den Wiederaufbau in den westlichen Bundesländern nach dem Zweiten Weltkrieg. Über mehrere Jahre verteilt standen damals - in heutigen Preisen gerechnet - rund 800 DM pro Bürger zur Verfügung. Heute kommt allein für den Zeitraum bis Ende 1991 aus Bundesmitteln weit mehr als das Siebenfache - nämlich 6.100 DM - auf jeden Bürger in den neuen Bundesländern.

Der vollständige Umbau der ostdeutschen Wirtschaft braucht seine Zeit. Anders als nach der Währungsreform von 1948 besteht die Geduld dazu vielerorts nicht mehr, weil heute Ungleichheit herrscht, wo damals ein gemeinsames Schicksal alle verband. Oberflächliche Solidarität und die Fixierung auf einen statischen Umverteilungsbegriff widersprechen nicht nur der ökonomischen Vernunft, sondern geben den Restauratoren planwirtschaftlicher Vorstellungen neue Nahrung.

Es gilt, den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft konsequent zu verwirklichen und nicht den Interventionsstaat weiter auszubauen.

In diesem Prozeß, der über die Zukunft Deutschlands entscheidet, ist Übereinstimmung über die Grundlagen des Wohlstandes notwendig, der in den westlichen Ländern Deutschlands erreicht worden ist. Vor allem die großen Interessengruppen müssen jetzt bei allen Meinungsverschiedenheiten darauf achten, daß sie nicht aus verbandspolitischem Egoismus die Grundlagen einer marktwirtschaftlichen Ordnung beschädigen, auf denen auch ihre eigene Existenz beruht.